



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/183 - 11.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Im Schatten von Potsdam	S. 1
Blick auf Finnland	S. 3
Der Europa-Plan der SPD <i>X 7 Punkte</i>	S. 5

Stabilisierung des Status quo ?

A.E. Eine Vielzahl von Symptomen deutet darauf hin, daß der Westen, die USA inbegriffen, die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion heute nicht mehr für so akut als noch vor einem Jahre hält. Zweimal innerhalb dieses Jahres wurde das Tempo der britischen Aufrüstung verlangsamt. Ein großer Teil der britischen Eisen- und Stahl-Industrie, nach dem Ausbruch des Korea-Konfliktes überhastet auf die Produktion von Waffen und Munition umgestellt, schaltet wieder auf die Erzeugung von Friedensgütern um. Die bisher erzeugten Waffen dienen, wie das britische Unterhaus staunend aus dem Munde Winston Churchills erfuhr, nicht der Ausrüstung der eigenen Truppen, sondern sind für den devisa-bringenden Export bestimmt. Die Churchill-Regierung würde sich sicherlich nicht dazu entschlossen haben, wenn sie nicht die Überzeugung hätte, daß die internationale Lage eine Verlangsamung der eigenen Rüstungsanstrengungen erlaubt.

Das Argument unserer Regierungspropagandisten von der Stärke, die der Westen erst erreichen müsse, ehe er mit der Sowjetunion eine Generalbereinigung herbeiführen könne, wird auch entkräftet durch das praktische Verhalten der USA. Gar so begierig sind die USA heute nicht mehr, wie es noch vor wenigen Monaten schien, ihre europäischen Verbündeten auf Vordermann zu bringen. Sie lassen sich Zeit, wobei es fraglich ist, ob bei ihrem Zögern die Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Europa-Politik oder rein innerpolitische Gründe eine Rolle spielen.

Unwahrscheinlich ist jedoch eine von verschiedenen Seiten vermutete grundsätzliche Änderung der amerikanischen Militär-Konzeption. Die Auffassungen Tafts und Hoovers von einem amerikanischen Gibraltar, das sich, gestützt auf eine überwältigende See- und Luftmacht, mit Stützpunkten in Europa begnügen soll, hat sich, dafür bürgt der Name Eisenhower, ^{bei den Republikanern/} nicht durchgesetzt. Im USA-Generalstab besaß sie keine Freunde. Für die USA bleibt, das bewies die leidenschaftlich geführte Diskussion um die Auslandshilfe, die Wichtigkeit Europas aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, unbestritten.

Inhalt und Ziel der westalliierten Politik seit den Maitagen 1945 waren, wenn auch mit verschiedenen Nuancierungen, im wesentlichen auf die Erhaltung der durch die deutsche Kapitulation ihnen zugefallenen Machtposition in Deutschland gerichtet. Der Gegensatz zur Sowjetunion erhielt erst dann seine bittere Schärfe, als der Krenl durch Forderungen auf Reparationen aus dem Ruhrgebiet die westalliierte Vorherrschaft in Westdeutschland in Frage stellte und seinen eigenen Machtbereich bis an den Rhein ausdehnen wollte. Die Westalliierten hatten aber darum nicht den Krieg geführt. Der Berliner Blockade-Krieg zeigte dem Krenl freilich auch die Grenzen seiner Macht. Die anfängliche Gleichgültigkeit auf westalliiertes Seite wich der Entschlossenheit, das Vordringen des Bolschewismus im Herzen Europas, wenn nötig auch mit militärischer Gewalt, zu stoppen.

An dieser Grundsituation hat sich bis heute nichts geändert. Gewandelt haben sich jedoch die Mittel zur Durchsetzung der westalliierten Ziele auf deutschem Boden. Das Petersberg-Abkommen, die Montan-Union und als vorläufige Krönung der Einbau Westdeutschlands in das Verteidigungssystem der Westmächte, gehen von der Grundlage der Erhaltung des status quo aus - auch wenn die feierlichen gegenteiligen Versicherungen vielleicht bona fide abgegeben worden sind. Ein zu starker Vorwurf? Ist es aber nicht bezeichnend, daß in diesen Tagen, wo die Welt eine gewisse Entspannung zwischen West und Ost registriert und dem sowjetischen Botschafter Gromyko in London ungewöhnliche Ehrungen zuteil werden, dem deutschen Volk die schwersten Wunden seit 1945 zugefügt werden? Die Bolschewisierung der Ostzone, die Deportierung hunderttausender Menschen, die neuen Schauprozesse,

die Leiden und Schmerzen, die ein Drittel unseres Volkes nun ohnmächtig über sich ergehen lassen muß, haben bis jetzt nicht einmal zu einem diplomatischen Protest der Westmächte geführt. Man scheint sich damit als mit einer das Gewissen nicht sonderlich störenden und unabänderlichen Tatsache abzufinden. Die sowjetrussische Gegenreaktion wurde direkt erwartet, erstaunlich wäre ihr Ausbleiben gewesen. Dem Nachteil der sich für den Westen aus einer Fortdauer der Spaltung Deutschlands dadurch ergibt, daß die internationale Atmosphäre durch die ungelöste deutsche Frage explosiv bleibt, steht auch ein von seinem Blickfeld aus geradezu unbezahlbarer Vorteil gegenüber: Mit Zustimmung der Bonner Bundestagsmehrheit verfügen die Westmächte, ohne auf die robusten Methoden der ersten Besatzungszeit zurückgreifen zu müssen, durch die Montan-Union über die deutsche Wirtschaft. Bald, wenn es nach dem Willen dieser Regierungsmehrheit geht, auch mittels der EVG über die deutsche Menschenkraft als militärisches Potential.

Die Festigung des status quo - der Preis ist die deutsche Einheit - gibt Frankreich und England genügend Atempause, mit ihren besonderen nationalen und internationalen Schwierigkeiten fertig zu werden. Frankreich hat immer noch den Ehrgeiz, die neben Rußland stärkste Militärmacht auf dem Kontinent zu werden. Großbritannien schraubt jetzt seine Rüstungen zurück, um sich bessere Ausgangsstellungen für den zu erwartenden verschärften Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten zu schaffen. Und die Sowjetunion? Bei Konservierung der gegenwärtigen Machtverteilung bleibt ihre Stellung in Europa geradezu unangreifbar.

Nicht ein Blatt der Opposition, die gutbürgerliche "Stuttgarter Zeitung" schrieb dieser Tage:

"...Politisch setzen sie (Frankreich und England - d.Red.) den status quo, also die Teilung Deutschlands und das Ausbleiben zusätzlicher Spannung voraus. Sie rechnen sogar mit der Möglichkeit, daß trotz der Teilung Deutschlands eine Entspannung in dem allgemeinen Verhältnis zwischen West und Ost zu erlangen sei... Eine etwa folgende Entspannung zwingt Westdeutschland, seine Aktivität sozial und wirtschaftlich im westeuropäischen Wettbewerb zu erschöpfen. Politisch haben uns dann die Konventionen von Bonn und Paris völlig in die Sackgasse geführt..."

Die Bundesregierung wird nicht müde zu betonen, der von ihr gewählte Weg zur Wiedererlangung der deutschen Einheit sei der einzig richtige. In Wahrheit erhärtet er jedoch die unheilvollen Beschlüsse von Potsdam, die mit ihrem von den Siegern getroffenen Vereinbarungen in Einflussonen den Keim zur Spaltung Deutschlands legten. Der Bundesregierung fehlt der Wille, die Kraft und der Schwung, den verhängnisvollen Zirkel zu sprengen, den sie durch ihre Politik der Vorleistungen selbst mit zu verantworten hat. Jeder Tag macht es sichtbarer.

Finnlands Sozialdemokraten sind voll Zuversicht

Von einem soeben aus Helsinki zurückgekehrten Mitarbeiter

Die olympischen Spiele haben Zehntausende von Ausländern nach Helsinki und nach Finnland gebracht. Nur wenige aber haben sich dabei mit den inneren Problemen dieses Vier-Millionen-Volkes beschäftigt, das nach schweren Kriegen und fast ebenso schwerer Nachkriegszeit dabei ist, seine Verhältnisse auf demokratischem Wege neu zu ordnen. Für uns Deutsche ist besonders interessant, daß manche unserer Probleme auch im Norden Europas auftauchen, wenn auch der ehrliche Betrachter zu der Überzeugung kommen muß, daß diese Probleme von dem kleinen, am Rande der Sowjetunion lebenden Volke besser gelöst wurden als im Herzen Europas: Vertriebene wurden im Rahmen eines Lastenausgleiches, der tief in die Substanz ging, wieder seßhaft gemacht, Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene wurden im Rahmen des Menschenmöglichen unterstützt, Studenten erhielten prächtige Ausbildungsstätten, ja sogar ganz neue Wohnsiedlungen. Dies alles geschah in einer Zeit, in der oft bis zu 25 Prozent des Volkseinkommens als Reparationslieferung nach Rußland gingen.

Deshalb vor allem gibt es arge Not in diesem Lande. Diese Not, in manchen Kreisen wohl auch die Überlegung, die Russen würden eines Tages doch Finnland schlucken und gewisse Erinnerungen an die harten und blutigen Verfolgungen der Arbeiterbewegung nach dem ersten Weltkrieg durch die faschistische "Lappobewegung" sind die Ursachen dafür, daß es in Finnland eine im Verhältnis stärkere kommunistische Partei gibt als in den anderen Ländern Skandinaviens. Im finnischen Reichstag sitzen heute noch 43 Kommunisten, Die stärkste Fraktion aber bilden die Sozialdemokraten mit 53 von 200 Abgeordneten. Sie bilden mit der Agrarpartei, die über 51 Mandate verfügt, die Regierung. 28 Abgeordnete gehören zu verschiedenen Sammlungsbewegungen, 15 vertreten den schwedischen Teil und zehn bezeichnen sich als Liberale. 1954, vielleicht aber auch erst 1955, wird ein neuer Reichstag gewählt. Das Parlament wird den Termin der Wahl noch in diesem Jahr festlegen. Die finnischen Sozialdemokraten erwarten von der Wahl eine weitere Verstärkung ihrer Parlamentsfraktion und eine Abnahme der Kommunisten.

Es besteht für sie kein Zweifel, daß sie ihre Führungsstellung so weit ausbauen, daß in Zukunft niemand mehr ohne sie regieren kann.

In ihrem Kampf um die Zukunft stützt sich die finnische Partei auf einen kleinen, aber gut durchorganisierten Apparat, der rund 60000 Mitglieder erfaßt. 14 sozialdemokratische Zeitungen, darunter eine schwedischsprachige, werden von rund 150000 Menschen gelesen. Die Arbeiterschaft in den Industriebetrieben ist so gut wie vollständig zum ersten Male in der Geschichte des Landes in Gewerkschaften organisiert. Die Gewerkschaften haben sich nach dem Kriege langsam aber sicher aus den Händen kommunistischer Agitatoren befreit und arbeiten heute gemeinsam mit den Sozialdemokraten an der Durchführung eines vernünftigen Wirtschafts- und Sozialprogrammes.

Wo die Kommunisten noch Einfluß haben, etwa im armen Norden des Landes, wird ihnen nicht mit politischen Mitteln allein, sondern vor allem mit wirtschaftlichen Tatsachen entgegengetreten. Unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialisten werden hier leistungsfähige Industrien geschaffen, die mit ihren hohen Löhnen dem Radikalismus den Boden entziehen sollen. Sicher sind auch die Preise zur Zeit noch sehr hoch. Finnland lebt im Zustand einer "gestoppten Inflation", aber der Lebensstandard ist gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt gestiegen. Ende dieses Jahres wird Finnland von der Hauptlast seiner Reparationen befreit sein. Die Steuern werden erträglicher werden, gleichzeitig wird man die sozialen Leistungen erhöhen können. Für die gestiegene Kapazität der Industrie muß dann auf dem Weltmarkt Absatz gesucht werden. Man zweifelt nicht daran, daß dies gelingt, auch der Osten, also in erster Linie die Sowjet-Union, wird weiterhin, angezogen von der guten Qualität der Reparationslieferungen, als Kunde in Erscheinung treten.

Die finnischen Sozialdemokraten liegen "taktisch" gut: Unter ihrer Mithilfe werden die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes jetzt gefestigt - unter ihrer Führung, so hoffen sie, wird Finnland nach Beendigung dieser Periode in eine leichtere und glücklichere Zukunft gehen.

Die sieben Europa-Punkte

(sp) In einer Kritik, die CDU-Kreise an dem letzten Rundfunk-Interview Kurt Schumachers geübt haben, fand sich der Hinweis, daß zu dem westlichen Vertragssystem keine sozialdemokratische Alternative gegeben worden sei. Die sieben Punkte, auf die sich Schumacher in seinem Interview bezog, sind schon vor fünfviertel Jahren in Hannover vor aller Öffentlichkeit verkündet und von dort aus verbreitet worden. Sie geben ein klares Bild der sozialdemokratischen Vorstellungen von einem vernünftig organisierten Europa.

Zur Auffrischung des Gedächtnisses der Kritiker Schumachers seien diese Punkte hier erneut aufgeführt:

1. Allgemeine politische, rechtliche und tatsächliche Gleichheit als Grundlage und Voraussetzung aller Spezialpläne.
2. Zusammenfassung des ganzen demokratischen Europas einschließlich Skandinaviens und Großbritanniens unter Ablehnung des Kleinst-Europas klerikaler, konservativer und kartellistischer Gruppen.
3. Europäische Planung aufgrund der Ordnung und Planung in den einzelnen Nationalwirtschaften unter Zurückweisung aller Versuche, die deutsche Grundstoffindustrie dem Egoismus einzelner Kapitalgruppen und einzelner Länder zu überantworten.
4. Vertretung in allen internationalen Institutionen nach Bedeutung und Leistung der einzelnen Länder, ohne Privilegierung und ohne Diskriminierung.
5. Ein internationales demokratisches Parlament als Quelle und Gestalter aller Wirtschaftspolitik, das eine von ihm allein abhängige und kontrollierte Exekutiv- und Lenkungsbehörde wählt.
6. Erhaltung und Entwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Kraftquellen einschließlich der Organisationsbedingungen in der Wirtschaft der einzelnen Länder, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung mit den Mitteln der Machtpolitik.
7. Gleichwertige Mitbestimmung der arbeitenden Menschen im Sozialen und in der Ordnung und Führung der Wirtschaft.

+ + +

Verantwortlich: Peter Bauman